

Vermerk Entwurf des Koalitionsvertrages

- Erste Bewertung -

DBV Vorstand DBV Geschäftsführung DBV Fachbereichsleiter

Es kommt gerade bei den Vorhaben zum Naturschutz, zur Tierhaltung und zum Pflanzenschutz maßgeblich auf die Umsetzung an. Wichtiges Ziel muss es sein, die heimische Landwirtschaft zu sichern und Strukturbrüche zu verhindern.

1. Wettbewerbsfähigkeit	Positive Aspekte:	
	 "Wir werden die Agrardiesel-Rückvergütung vollständig 	
	wieder einführen. Wir wollen den Einsatz	
	alternativer Kraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft von	
	der Energiesteuer befreien." (Z. 1402)	
	 Einsatz f ür gleichwertige Spiegelklauseln bei 	
	Lebensmittelimporten (Z. 1397)	
	 Chancen aus Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und 	
	Bioökonomie erschließen (Z. 1357)	
	 Reform der Bundeshaushaltsordnung; Förderwesen des 	
	Bundes effizienter und zielgerichteter ausstatten und	
	vereinfachen (Z. 1720)	
	 Wettbewerbsf\u00e4higkeit gleichauf mit Ern\u00e4hrungssicherung 	
	und Ressourcenschonung ist positives Zeichen zur	
	wirtschaftlichen Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe	
	(Z. 1179)	
	 Unterstützung Überarbeitung UTP-RL (Z. 1393) 	
	 Ausweitung der kurzfristige Beschäftigung auf 90 Tage 	
	(voraussetzt es wird auch eine Amnestieregelung für falsche	
	Statusangaben der Beschäftigten eingeführt)	



	Negative Aspekte:	
	Faire Erzeugerpreise können mit UTP nicht erreicht werden	
	(Z. 1394)	
	Einführung Ombudsperson trägt nicht zur Verbesserung der	
	Durchsetzung der Verbote bei (Z. 1395)	
	Keine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn für	
	Saisonarbeitskräfte	
	Keine Öffnung des Arbeitsmarktes für Erntehelfer aus	
	Drittstaaten	
	Folgende Botschaften bzw. Handlungsbedarfe:	
	Ombudsperson hinterfragen; auf die nötige Stärkung der	
	vorhandenen Durchsetzungsbehörde (BLE) für UTP hinweisen.	
	volnandenen Barensetzangsbenorde (BEE) far off finnweisen.	
	UTP ist nur eines von vielen Bausteinen, um	
	Verhandlungsposition der Erzeuger zu stärken; es braucht	
	weitere kartellrechtliche Privilegierungen auf Erzeugerebene.	
2 Bürakratiaabbau	Positive Aspekte:	
2. Bürokratieabbau		
2. Bürokratieabbau	Positive Aspekte:	
2. Bürokratieabbau	Positive Aspekte: "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht	
2. Bürokratieabbau	 <u>Positive Aspekte:</u> "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. 	
2. Bürokratieabbau	 <u>Positive Aspekte:</u> "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler 	
2. Bürokratieabbau	 <u>Positive Aspekte:</u> "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab." (Z. 2014) 	
2. Bürokratieabbau	 <u>Positive Aspekte:</u> "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab." (Z. 2014) "Wir werden Dokumentationspflichten insbesondere für 	
2. Bürokratieabbau	 <u>Positive Aspekte:</u> "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab." (Z. 2014) "Wir werden Dokumentationspflichten insbesondere für Handwerk, Einzelhandel, Landwirtschaft, Gastronomie und 	
2. Bürokratieabbau	 <u>Positive Aspekte:</u> "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab." (Z. 2014) "Wir werden Dokumentationspflichten insbesondere für Handwerk, Einzelhandel, Landwirtschaft, Gastronomie und Hotellerie abbauen." (Z. 1974) 	
2. Bürokratieabbau	 Positive Aspekte: "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab." (Z. 2014) "Wir werden Dokumentationspflichten insbesondere für Handwerk, Einzelhandel, Landwirtschaft, Gastronomie und Hotellerie abbauen." (Z. 1974) Wechsel auf Pauschalen in der Antragsförderung (Z. 1981) 	
2. Bürokratieabbau	 Positive Aspekte: "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab." (Z. 2014) "Wir werden Dokumentationspflichten insbesondere für Handwerk, Einzelhandel, Landwirtschaft, Gastronomie und Hotellerie abbauen." (Z. 1974) Wechsel auf Pauschalen in der Antragsförderung (Z. 1981) Klare Vereinfachungen in EUDR ("Null-Risiko-Variante"), EU- 	
2. Bürokratieabbau	 Positive Aspekte: "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab." (Z. 2014) "Wir werden Dokumentationspflichten insbesondere für Handwerk, Einzelhandel, Landwirtschaft, Gastronomie und Hotellerie abbauen." (Z. 1974) Wechsel auf Pauschalen in der Antragsförderung (Z. 1981) Klare Vereinfachungen in EUDR ("Null-Risiko-Variante"), EU- Bodengesetz (Ablehnung), Taxonomie, CSRD, CSDDD, CBAM 	
2. Bürokratieabbau	 Positive Aspekte: "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab." (Z. 2014) "Wir werden Dokumentationspflichten insbesondere für Handwerk, Einzelhandel, Landwirtschaft, Gastronomie und Hotellerie abbauen." (Z. 1974) Wechsel auf Pauschalen in der Antragsförderung (Z. 1981) Klare Vereinfachungen in EUDR ("Null-Risiko-Variante"), EU- Bodengesetz (Ablehnung), Taxonomie, CSRD, CSDDD, CBAM Nationale Berichtspflichten werden überprüft (Z. 1410) 	
2. Bürokratieabbau	 Positive Aspekte: "Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht schließen wir bürokratische Übererfüllung aus. Parallelregulierungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab." (Z. 2014) "Wir werden Dokumentationspflichten insbesondere für Handwerk, Einzelhandel, Landwirtschaft, Gastronomie und Hotellerie abbauen." (Z. 1974) Wechsel auf Pauschalen in der Antragsförderung (Z. 1981) Klare Vereinfachungen in EUDR ("Null-Risiko-Variante"), EU- Bodengesetz (Ablehnung), Taxonomie, CSRD, CSDDD, CBAM Nationale Berichtspflichten werden überprüft (Z. 1410) Agraranträge gemeinsam mit dem "Berufsstand" 	



r		
		 Konkrete Vorhaben benannt: Novellierung
		Agrarstatistikgesetz, doppelte Datenmeldungen/
		Aufzeichnungen abschaffen (Z. 1420)
		 Weitere Bagatellschwellen in Planungs- und
		Genehmigungsverfahren (Zeile: 1418)
		 Geplante Entbürokratisierung bei der
		Fachkräfteeinwanderung
3.	Europäische	Positive Aspekte:
	Agrarpolitik	 Einkommensanreize steigern (Z.1375)
		 Agraranträge mit Ländern und Berufsstand vereinheitlichen
		(Z. 1406)
		 Wir wollen, dass die GAP ein eigenständiger Politikbereich
		bleibt, (Z. 1373)
		 Bekenntnis zur Förderung von Jung- und Neulandwirtinnen
		und -landwirten (Z.1376)
		Negative Aspekte:
		 Fehlender Ruf nach höheren Agrarbudget im EU-Haushalt.
		 Fehlendes Engagement zum Abbau von Komplexität und
		Bürokratie bei der GAP-Umsetzung.
		 Es fehlen Ansätze, wodurch die GAP-Förderung künftig
		wieder verlässlicher und planbarer für die Landwirte wird.
		Einkommenswirksamkeit der GAP-Zahlungen muss sich an
		der Profitabilität der Maßnahmen messen lassen.
		Folgende Botschaften bzw. Handlungsbedarfe:
		Gesamter Abschnitt zu unkonkret.
4.	Nutztierhaltung	Positive Aspekte:
	ואמנצנוכווומננטווא	 Bekenntnis zur landw. Nutztierhaltung (Z . 1300)
		Bestandsschutz von mind. 20 Jahren bei Neu-/Umbauten (Z.
		1301)
		 Abschaffung genehmigungsrechtlicher Hürden (Z. 1301);
		BImSchG praxistauglich umgestalten (Z. 1305)



	Praxistaugliche Umgestaltung des THKG unter Einbeziehung	
	der Wirtschaft (Z. 1308)	
	 Bundesförderprogramme im EINKLANG mit den GAK 	
	Förderungen entwickeln (Z. 1362)	
	 Weiterentwicklung TA Luft und TA Lärm, um Konflikte 	
	zwischen Wohnen und Landwirtschaft zu lösen (Zeile: 725 –	
	727)	
	 Ermöglichung eines unkomplizierten Tierartwechsels im 	
	BauGB (Zeile: 1303)	
	 Reform des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes (Zeile: 	
	1308-1311)	
	Negative Aspekte:	
	 Kontrolle von toten Tieren in VTN-Anlagen (Z. 1315); → Geht 	
	besser auf dem Tierhaltungsbetrieb	
	 Einführung Prüf-/Zulassungsverfahren für Stallsysteme (Z. 	
	1303); $ ightarrow$ Zweifel, ob das praxistauglich gelingt	
	 Bei Vernetzung "vorhandener Datenbanken" kein klares 	
	Bekenntnis zur Einbindung der wirtschaftsgetragenen DB (Z.	
	1312, 1420)	
	 Finanzrahmen f ür Umbau der Tierhaltung fehlt 	
	Folgende Botschaften bzw. Handlungsbedarfe:	
	Koa-Vertrag setzt für die Nutztierhaltung durchaus gute Akzente.	
	Bestimmte Vereinbarungen sind aus unserer Sicht aber nicht	
	zielführend. Manches ist sehr vage/nebulös formuliert. Hier	
	kommt es auf die Lesart an.	
	Insgesamt kommt es darauf an, wie die Vereinbarungen nun in	
	Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbeteiligten praxistauglich	
	ausgestaltet werden, so dass eine umsetzbare und tragfähige	
	Perspektive für die Tierhalter geschaffen wird.	
5. Klimaschutz und	Positive Aspekte:	
Erneuerbare Energien	 "Wir wollen alle Potenziale der Erneuerbaren Energien 	
	nutzen." (Z. 936)	



	"Ausbau der Erneuerbaren Energien durch
	Planungserleichterung beschleunigen." (Z. 979)
	"Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetze (HGÜ)
	sollen, wo möglich, als Freileitungen umgesetzt werden." (Z.
	991)
	"Dazu setzen wir unter Beachtung der Kosteneffizienz und
	der Flächennutzung auf die Ermöglichung und überprüfen
	die bestehenden Deckelungen." (Z. 1054) -> Maisdeckel?
	"Wir achten auf Flächenschonung und wollen Möglichkeiten
	der Doppelnutzung, wie zum Beispiel Parkplatz-, Agri- und
	Floating-PV erleichtern." (Z. 1029)
	Prüfen Förderung der Mehrgefahrenversicherung aus Mitteln
	der GAK (Z. 1365)
	Landwirtschaft soll nicht in den ETS 2 (Z. 932)
	Ziel Klimaneutralität 2045 soll mit wirtschaftlicher
	Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Ausgewogenheit
	zusammengebracht werden (Z. 900)
	Gesetzespaket zur CO2 Abscheidung und Speicherung (CCS)
	für schwer vermeidbare Emissionen der Industrie (Z. 1081)
	ANK (inkl. Moorschutz) soll verstetigt werden (Z. 1242)
	Anrechnung negativer Emissionen, auch abseits permanenter
	Senken (=Holz, Biomasse, Humus)
	"Wir werden Biogasanlagen eine Zukunft geben"; besondere
	Berücksichtigung kleinerer und wärmegeführter Anlagen. (Z.
	1055)
	"Wir wollen Einsatz von Biokraftstoffen voranbringen" (Z.
	1197)
	"Wir fördern blau-grüne Infrastruktur, den Wasserrückhalt in
	der Fläche und die Grundwasserneubildung" (Z. 1325)
١	legative Aspekte:
	"Wir verfolgen das Ziel, dass sich Erneuerbare Energien
	perspektivisch vollständig am Markt refinanzieren können."
	(Z. 1018) → Eventuell Abschaffung EEG und dann?
	Keine Anpassungen im Bereich LULUCF



	Keine Verbindung von Ernährungssicherung und landw. THG-		
	Emissionen.		
	 "Ökolandbau ist ein wichtiges Element einer nachhaltigen 		
	und klimaschonenden Landwirtschaft" (Z. 1380)		
	 CO2-Minderungen in außereuropäischen Partnerländern 		
	Folgende Botschaften bzw. Handlungsbedarfe:		
	Die Ziele sind positiv zu bewerten, jedoch ist das Handeln des		
	Umweltministeriums entscheidend.		
	Novellierung des BauGB sollte man auf die Erweiterung des		
	Planvorbehalts für Freiflächen-PV hinwirken indem § 35 Abs. 3 S.		
	2 BauGB wie folgt ergänzt wird: "Öffentliche Belange stehen		
	einem Vorhaben nach Absatz 1 Nummer 2 bis 6 und 8b in der		
	Regel auch dann entgegen, soweit hierfür durch Darstellungen		
	im Flächennutzungsplan oder als Ziele der Raumordnung eine		
	Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist.".		
6. Umwelt- und	Positive Aspekte:		
Naturschutz	 "Wir unterstützen kooperative Modelle." (Z. 		
	 Erleichterungen bei Naturwiederherstellungsverordnung 		
	und Fokus auf praxistaugliche Maßnahmen (Z. 1276)		
	 Wolf ins Jagdrecht und Umsetzung EU-Vorschlag zur 		
	Herabsetzung des Schutzstatus, Änderung BNatSchG zur		
	rechtssicheren Entnahme von Wölfen		
	 Fokus auf Freiwilligkeit, Anreize und Eigenverantwortung bei 		
	Umwelt und Ernährung		
	 Umsetzung der IED Richtlinie 1:1 und Vereinfachung der TA 		
	Luft		
	 Ablehnung des EU-Bodengesetzes (Z. 1346) 		
	 Überprüfung Umwelt- Rechtsbehelfsgesetz auf nationale 		
	Verschärfungen und Fokussierung auf unmittelbar		
	Betroffene bei Klage- und Beteiligungsrechten		



			Abschaffung Stoffstrombilanz im Düngegesetz und
			Schaffung Instrument zur Befreiung von Betrieben in Roten
			Gebieten (Z. 1386-1388)
		Ne	gative Aspekte:
			Naturflächenbedarfsgesetz mit Erleichterung der
			Ausweisung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und
			Vernetzung von Ausgleichsmaßnahmen (Biotopverbund)
			Es fehlt eine Festlegung auf eine Bestandsobergrenze beim
			Wolf und der unmittelbaren Einführung eines aktiven
			Bestandsmanagements.
			Bei Zulassungsverfahren von PSM fehlt eine Verschlankung
			auf eine Zulassungsbehörde oder eine Gleichstellung des
			UBA zu den anderen Genehmigungsbehörden.
			Festhalten an der Nationalen Wasserstrategie und der
			Nationalen Biodiversitätsstrategie
7.	Steuer-, Sozial-,	Po	sitive Aspekte:
	Einkommenspolitik	•	"Investitions-Booster" durch degressive Abschreibung auf
			Ausrüstungsinvestitionen von 30 Prozent (2025, 2026 und
			2027) (Z. 1430)
			Senkung Körperschaftssteuer (Z. 1432) und
			Einkommenssteuer (Z. 1442)
		•	Stromsteuer auf EU-Mindestmaß senken und ÜN-Entgelte
			senken (Z. 1503)
		•	steuerliche Risikoausgleichsrücklage und "Finanzielle
			Anreize zur Wettbewerbsfähigkeit schaffen und ausbauen"
			(Z. 1400)
			Einführung einer wöchentlichen statt einer täglichen
			Höchstarbeitszeit, aber positive Wirkung eingeschränkt
			durch Beibehaltung der Ruhezeitregelungen
			Arbeitszeiterfassung: Erhalt der Vertrauensarbeitszeit



	Negative Aspekte:
	 Es fehlen neben der degressive weitere steuerliche
	Entlastungsmaßnahmen.
	 Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung.
8. Ackerbau	Positive Aspekte:
o. Ackerbau	 "Wir setzen vor allem auf Freiwilligkeit, Anreize und
	Eigenverantwortung und sorgen zugleich für die Umsetzung
	von Umwelt- und Klimaschutzstandards." (Z. 1180)
	"Wir schaffen praxistaugliche Regelungen und schlanke
	Verfahren und sind offen für Innovationen." (Z. 1182)
	 "Wir werden die Zulassungssituation von
	Pflanzenschutzmitteln verbessern und für transparente,
	schnelle und wissenschaftsbasierte Verfahren sowie Effizienz
	durch Verschlankung der behördlichen Zusammenarbeit
	sorgen." (Z.1324)
	Negative Aspekte:
	 "Wir setzen vor allem auf Freiwilligkeit, Anreize und
	Eigenverantwortung und sorgen zugleich für die Umsetzung
	von Umwelt- und Klimaschutzstandards." (Z. 1181) → Was
	bedeutet das?
	"Wir schützen den selbstbestimmten Verbraucher umfassend
	und vorsorgend." (Z. 1183) → könnte bei NGTs zum Problem
	werden wegen Kennzeichnungsflicht durch die ganze Kette
	 "Ein Totalverbot ganzer chemischer Stoffgruppen wie Per-
	und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) lehnen wir ab." (Z.
	1110)
	 Keine Erwähnung der Neuen Züchtungsmethoden bzw. einer
	Ablehnung von Patenten.
	Folgende Botschaften bzw. Handlungsbedarfe:
	Keine direkten, es kommt sehr darauf an, wie das was dort
	geschrieben steht umgesetzt wird. Und wie das BMU zukünftig
	handelt.



	Grundsätzliche Botschaft: Richtung stimmt zwar, aber es bleiben	
	Baustellen.	
9. Wertschöpfungskette	Positive Aspekte:	
······································	 Obst und Gemüse wird erwähnt. 	
	 "Maßnahmenpaket Zukunft Gartenbau" (Z. 1257) 	
	 "Zum Einsatz von Saisonarbeitskräften passen wir die 	
	Regelung zur kurzfristigen Beschäftigung auf 90 Tage an." (Z.	
	1262)	
	 Erwähnung Weinbau sehr positiv. 	
	 Selbstversorgung ist von hoher Wichtigkeit und wird mit der 	
	Erwähnung wieder deutlich in den Mittelpunkt gestellt.	
10. Ländliche Räume	Positive Aspekte:	
	 "Wir wollen einen Mutterschutz f ür Selbstst ändige analog zu 	
	den Mutterschutzfristen für Beschäftigte einführen." (Z. 3248)	
	 Themenbereich "Heimat" kommt ins Ressort BMEL. 	
	• finanziellen Mittel im Rahmen der GAK deutlich erhöhen (Z.	
	1362)	
	 Wertschätzung der Ländlichen Räume als Treiber für 	
	Zukunftsthemen (Mobilität, EE)	
	 Ziel Gleichwertige Lebensverhältnisse betont im Sinne von 	
	"keine Region zurücklassen"	
	 gigabitf\u00e4hige Breitband- und Mobilfunkstandards 	
	 Wohnen soll auch im ländlichen Raum angekurbelt werden 	
	(Zeile: 705, 806)	
	Negative Aspekte:	
	 Klimaanpassung: prüfen eine diesbezügliche 	
	Gemeinschaftsaufgabe	
	Städtebauliche Entwicklung, gerade auch in ländlichen	
	Räumen soll gestärkt werden (Zeile: 710, 711),	
	Problem/Gefahr: Ausweitung der Städtebaulichen	
	Entwicklungsmaßnahmen	



	Folgende Botschaften bzw. Handlungsbedarfe:
	Es ist die Novellierung des Baugesetzbuches genau zu verfolgen.
	Es ist auf die Änderung des § 35 I Nr. 1 BauGB hinzuwirken, dass
	ein Wohnraum einem Betrieb bereits dann dient, wenn er für die
	Bewirtschaftung des Betriebs dauerhaft förderlich ist, und nur
	einen untergeordneten Teil der Betriebsfläche einnimmt. Weiter
	ist auf die Abschaffung/Korrektur der Städtebaulichen
	Entwicklungsmaßnahme, insb. mit Blick auf § 169 IV BauGB
	hinzuwirken.
1	